

Liebe Genossinnen und Genossen



Am Mittwoch erhielt ich einen Brief. Das passiert auch in Zeiten von Email durchaus noch häufiger und wäre von daher sicher nicht erwähnenswert. Aber dies war ein besonderer Brief, wenn auch kein besonders schöner. Nachlesen könnt ihr ihn auf Seite 13.

Mit dieser „Fanpost“ bin ich dann unmittelbar zur Polizei gefahren, um Anzeige gegen Unbekannt aufzugeben. Sie haben es als politisch motivierte Straftat eingestuft und werden den Staatsschutz einschalten.

Das Photo des Briefes und ein kurzes Statement habe ich anschließend auf meinem Facebook-Profil veröffentlicht. Dies führte zu einer unfassbaren Welle der

Unterstützung und Solidarität. Der Beitrag wurde alleine von meinem Profil innerhalb von einem Tag 850 mal geteilt und dann von dort jeweils weitergeteilt. 1300 „Likes“, zig Kommentare, Nachrichten, Freundschaftsanfragen. Die Reichweite lässt sich auf einem Profil nicht erkennen, dürfte aber locker sechsstellig sein. Es ist überwältigend und hat mich wirklich sehr gefreut.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Die einfachen Leute verlieren zuerst	2
Plädoyer für einen respektvollen Umgang miteinander	5
Heliosklinik Breisach: "Zukunftskonzept" widerspricht Vereinbarung	8
Impressum	9
Schwierige Situation in Obdachlosenunterkunft	9
Spiegel vorhalten ist keine Volksverhetzung	12
UN- Migrationspakt: „Mit Fakten dagegen halten“	14
Ohne Geld keine bedarfsgerechte Förderung behinderter Menschen	17
Gute- Kita- Gesetz: Mehrheit will Gebühren abschaffen	17
Mitgliederstatistik, Termine	18

Klar ist aber auch, dass jetzt ein „Aber“ kommt. Bedauerlich finde ich, dass unsere inhaltliche Arbeit, die wir täglich leisten, nicht mal einen Bruchteil dieser Aufmerksamkeit bekommt. Unseren letzten Beitrag über die Helios-Kliniken habe ich über einen Werbeetat gesponsert, damit er überhaupt 1000 Menschen erreicht.

Um unsere Demokratie zu schützen und um dafür zu sorgen, dass Faschismus in Deutschland nie wieder ein Bein an Deck bekommt, ist das Aufstehen gegen Rechts-Extremismus und auch –Populismus zwingend erforderlich. Genauso wichtig ist aber auch die demokratische Sacharbeit. Demokratie als Selbstzweck reicht nicht.

Ich würde mir wünschen, dass auch diese mal den Fokus bekommt, den sie verdient.

Bibi Stenede.

„Die einfachen Leute verlieren zuerst“

Wie die deutsche Sozialdemokratie wieder erstarren und gleichzeitig die politische Landschaft verändern könne, darüber sprach der Naturwissenschaftler und Politiker Ernst Ulrich von Weizsäcker am Freitag beim Neujahrsempfang der SPD-Kreisverbandes Breisgau-Hochschwarzwald im Kirchzartener Hofgut Himmelreich. „Lasst Euch die Kritik an frecher Globali-

sierung nicht von den Nationalisten klauen“, lautete sein Appell. Die Globalisierungskritik wieder zum zentralen Thema des links- progressiven Lagers zu machen, forderte der Träger des Deutschen Umweltpreises 2008.



Dieses Ziel sei aber nur in enger Kooperation „mit Gleichgesinnten“ von außerhalb Deutschlands zu erreichen, gab der Vordenker einer nachhaltigen Ausrichtung der Wirtschaft, bis vor kurzem Kopräsident des Club of Rome (2012 - 2018), zu bedenken. Ferner müsse die Sozialdemokratie wieder die Umwelt betonen, sagte der ehemalige SPD- Bundestagsabgeordnete (1998 - 2005) und Vorsitzende des Enquete- Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ (2000 - 2002). Der erstaunliche Aufwärtstrend der Grünen komme ja nicht von ungefähr. Und die Globalisierung à la Wallstreet mache ja „systematisch die Umwelt und das Klima kaputt“. Auch die AfD sei auf diesem Auge erschreckend blind, befand der Festredner.

Für noch viel dringender hält von Weizsäcker aber „ein Konzept der Re- Regulierung der Finanzmärkte“. Es dürfe einfach nicht sein, „dass global die Gauner gewin-

nen und die Anständigen verlieren“, sagte der Neffe des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Und weiter wörtlich: „Wir müssen eine Koalition bis weit in die Wirtschaft hinein zimmern, wo man sich darüber gemeinsam ärgert, dass räuberisches, asoziales und steuervermeidendes Verhalten wie bei Amazon und Uber und Google auf die Siegerstraße führt, während anständige Konzerne wie Otto, unter wahnsinnigem Druck stehen. Wenn ein paar CDUler und FDPler mit dabei sind, -wunderbar.“



Dass die SPD dann auch wieder für grüne und linke Wähler attraktiv werden könnte, hält Ernst Ulrich von Weizsäcker, Sohn des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, für wahrscheinlich. Bis vor vier Jahren sei die Globalisierungskritik eindeutig eine Sache des linken, des progressiven Lagers gewesen, erläuterte der Redner. Mittlerweile tröte auch die neue Rechte weltweit gegen die Globalisierung. Dabei übersehe die Presse ganz und gar, dass sich auch Außenminister Heiko Maas sowie die SPD- Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles zu

Wort melden, und zwar „viel vernünftiger“, sagte Ernst Ulrich von Weizsäcker.

Auch die neue Rechte habe begriffen, „dass da eine internationale Finanzelite das Steuer in der Hand hat und dass die ‚einfachen Leute‘ da nicht recht mitkommen und sich betrogen fühlen“, fuhr der Redner fort. Der britische Journalist David Goodhart habe das weltweit, und vor allem in Europa und Amerika verbreitete Phänomen beschrieben, dass dabei die global orientierten Absolventen von Eliteschulen die Gewinner seien, die lokal verwurzelten einfachen Leute aber meist die Verlierer.

Die lokal verwurzelten Menschen mit Arbeit in den Betrieben, oder auch arbeitslos, seien früher aber hauptsächlich Wählerinnen und Wähler der SPD gewesen. Heute sei die AfD ein Magnet für sie. Die schimpfe auf die Globalisierung, pöble gegen Eliten und behaupte, dass globale Flüchtlingsströme oder die Chinesen „uns unsere Arbeitsplätze“ klauen. Von Weizsäcker wörtlich: „Deren Antwort auf die Globalisierung heißt Nationalismus. Dümmer geht's nicht, denn die rein nationalen Strukturen sind ja in der Weltwirtschaft die Verlierer, nicht die Gewinner.“

Der Redner beklagte, dass sich die SPD zwar ganz selbstverständlich um eine anständige Sozialpolitik, Mindestlöhne, akzeptable Renten, das Thema Fortbildung und jetzt um eine Kindergrundsicherung

kümmere, dies aber die Partei nicht aus dem Umfragetief herausholen werde. In dieses „Jammertal“ gebracht habe die SPD der Zusammenbruch des Kommunismus und das Ende des Ost- West- Konfliktes 1990, der letztlich zu einer Entfesselung des Kapitalismus und einer Deregulierung der Finanzmärkte geführt habe, gab der Festredner zu verstehen.



Seither benötigte das sich auf einmal „arrogant“ gebärdende Kapital nicht mehr den Staat als außenpolitische Sicherung. „Und nun setzte sich weltweit der Neoliberalismus durch. Der behauptet, die Märkte seien sowieso viel findiger und besser als der Staat beim Aufspüren von Chancen, beim Erfinden von Innovationen, beim technischen Fortschritt“, erläuterte der Redner. (...) „Das einzige leicht messbare Erfolgskriterium wurde die Kapitalrendite.“ Wozu also brauche es dann noch den Staat, vor allem den Sozialstaat, fragte von Weizsäcker.

Das Kapital habe 1990 angefangen, die Länder gegeneinander auszuspielen und damit „ein regelrechtes Abwärtskarussell, einen Steuerwettbewerb immer nach

unten“ in Gang gesetzt. Dies mit dem Versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen und den Wohlstand zu sichern. „Die Investoren saßen auf einmal auf einem ganz hohen Ross!“, befand der Festredner und analysierte: „Was aber noch schlimmer war als das Abwärtskarussell war die rasante Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung weltweit und die ständige Senkung des erforderlichen Eigenkapitals der Banken. Alles von Ökonomen erfunden, von der Wirtschaftslobby gefordert und von den Regierungen der Welt beschlossen. Wer nicht mitmachen wollte, war sofort der Verlierer. Es war Erpressung. Die Vorhut dieser Raserei waren übrigens immer die angelsächsischen Länder.“



Die Kritik an dem „arroganten neuen Kapitalismus“ sei früher „natürlicherweise von links“ gekommen, fuhr Ernst Ulrich von Weizsäcker fort. Die politisch rechts orientierten Parteien wiederum seien nach 1990 fast geschlossen für den Sieg des Kapitals eingetreten. Ihre Führer seien die Eliten gewesen, um die ‚kleinen Leute‘ hätten sie sich „einen Dreck“ geschert. Mit der Ankunft der Flüchtlinge - „die arabische Welt, weite Teile Afrikas, Afghanistan lagen

am Boden“ - habe sich plötzlich die politische Landschaft geändert. Von Weizsäcker wörtlich: „Rechtsradikale Parteien schürten den Hass auf die Fremdlinge, und Millionen ‚einfache Leute‘ gaben Applaus. Die rechtsradikalen Nationalisten feierten Wahlerfolge. Sozialdemokratische Parteien (...) verloren massenhaft Stimmen.“

In Deutschland könne die Sozialdemokratie „immerhin noch mitregieren“. In Frankreich, England, Italien und Österreich indes sei die Sozialdemokratie marginalisiert. Da helfe es auch nichts, sich in der Opposition erneuern zu wollen, gab der Redner zu verstehen. Man muss klarmachen, „dass die Antwort der AfD auf die Globalisierung strukturell töricht, ja kontraproduktiv ist“. Wirtschaftsnationalismus schwäche insbesondere diejenigen Staaten, deren Wirtschaftskraft durch hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit getragen ist. Und dabei seien dann die einfachen Leute „zu allererst die Verlierer“. Die AfD verrate „ihre eigene Klientel auf das Übelste“, befand von Weizsäcker.

Als „Therapie“ empfahl er der Sozialdemokratie, die Agenden von G20, WTO, Weltbank und OECD zu beeinflussen. Man müsse über die Verbesserung des Eigenkapitals der Kreditinstitute reden und das ins politische Programm aufnehmen. Außerdem gelte es, in der Friedens- und Außenpolitik Profil zu zeigen.

Bernd Michaelis

Plädoyer für einen respektvollen Umgang miteinander

Ein engagiertes Plädoyer für einen achtsamen, gesitteten und respektvollen Umgang miteinander in Gesellschaft und Partei hielt die Vorsitzende der SPD Breisgau- Hochschwarzwald, Birte Könnecke, am Freitag im Kirchzartener Hofgut Himmelreich. Beim gut besuchten Neujahrsempfang trat sie auch dafür ein, Grenzen der eigenen politischen Präferenzen nicht so eng zu ziehen, dass die Anhänglichkeit an die eigene Partei letztlich bereits am kleinsten, persönlich empfundenen Widerspruch leidet.



Birte Könnecke nahm ein irritierendes Erlebnis an dem in einer Gruppe verbrachten Silvesterabend (Es ging dabei um die läppische Frage, ob sie sich an einem UNO- Spiel beteiligt oder ob es okay ist, nur zuzuschauen) zum Anlass, beim Neujahrsempfang darüber zu rasonieren, „warum es uns Menschen offenbar immer wieder

schwer fällt, die Grenzen unserer Mitmenschen wahrzunehmen und zu respektieren“. Diese Rücksichtnahme, dieser Respekt seien aber „extrem wichtig“, auch innerhalb der Partei, befand sie.

Es müsse möglich sein, auch mal Schwäche zu zeigen, plädierte die Kreisvorsitzende. Wenn jemand - gleich in welcher politischen oder sonstigen Gruppierung - etwas aus persönlichen Gründen nicht könne, wenn jemand gerade nicht auf der Höhe sei oder in der Lage, bestimmte Dinge zu leisten, dann müsse das eben auch akzeptiert werden. Dies menschliche Maß müsse auch innerhalb der eigenen Partei gelten. Die Art und Weise, wie heute die Grenzen guten Benehmens immer wieder überschritten, ja niedergetrampelt werden, sei inakzeptabel, sagte die Vorsitzende.



Im Blick auf die Wahl des SPD- Landesvorsitzenden im vergangenen Herbst kritisierte Birte Könnecke den Umgang der beiden konkurrierenden Gruppen auf Facebook. Dort habe man sich regelrecht angegiftet. Letztlich gehe es hierbei auch um Selbstschutz, sagte sie und zeigte ein

gewisses Verständnis für den Grünen Robert Habeck, der nachdem sich in den sozialen Medien ein wahrer Shitstorm über ihn ergossen hatte, sich aus Facebook und Twitter abmeldete. Als Grund nannte er die Veröffentlichung seiner privaten Daten und den Ärger um einen Wahlkampf- Tweet. Birte Könnecke dazu weiter: „Kein Mensch schafft es, nur Druckreifes zu sagen. Ausrutscher kann man kritisieren, aber die Art der persönlichen Angriffe haben jedes Maß verloren. Mit gutem Geschmack und Fairness ist es nicht mehr weit her.“



Jeder Mensch habe ein Anrecht darauf, fair behandelt zu werden. Deshalb sollten wir uns, bevor wir uns im Netz öffentlich äußern, immer auch fragen, ob wir das, was wir da äußern, auch unserem Vorgesetzten oder unserem Arbeitskollegen so sagen würden, betonte die Vorsitzende.

Im weiteren Fortgang sprach Birte Könnecke über inhaltliche Grenzen, rote Linien, die jemand für sich selbst setzt. In diesem Zusammenhang beklagte sie, dass es keine Abstufung mehr in der Wahrnehmung von Wertigkeiten gebe. Sicher sei die betäubungslose Ferkelkastration ein

frustrierendes Thema. Sie teile aber nicht die Ansicht, dass die SPD nicht mehr wählbar sei, nur weil sie in der Koalition einer Verlängerung der entsprechenden Anwendungsfrist zugestimmt hatte. Man müsste da schon einen Unterschied machen zu vielen Themen von viel höherer Bedeutung, sagte die Kreisvorsitzende. Ihre Präferenzen lägen klar bei der Friedenspolitik, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichberechtigung, der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit.



Es gebe keine Abstufung mehr, klagte Könnecke: Die Menschen regten sich über vieles auf, und alles habe dabei offenbar die gleiche Wertigkeit. Dabei müsse man sich doch die Frage stellen, ob es letztlich um Themen gehe, für die sich ein Einsatz lohnt. Die Währung der heutigen Zeit liege aber in der Frage: „Wieviel Empörung kann ich generieren?“

„Machen ist wie Wollen, nur krasser.“ Diesen Titel eines Buches von Hans Uwe L. Köhler („Zugabe!") zitierte Birte Könnecke als Überleitung zu ihrem zweiten Thema um zu verdeutlichen, dass sich der SPD-Kreisvorstand bereits im vergangenen Jahr

entschieden hatte, „nicht nur über Dinge zu reden, sondern Dinge auch zu machen“.

„Wir können noch 20 Veranstaltungen zum Thema ‚Bezahlbarer Wohnraum‘ machen und uns alle einig sein, doch ändert sich letztlich nichts“, klagte Könnecke. Deshalb seien nun verschiedene Projektgruppen ins Leben gerufen worden. Eine dieser Gruppen versuche, eine eigene Wohnungsbau-genossenschaft zu gründen um entweder selber Wohnraum zu schaffen oder aber Wohnungen zu erwerben, die dann zu sozialverträglichen Preisen angeboten werden können.



„Wir machen den Kreis fit“, heißt das Motto einer zweiten Projektgruppe, die für die Sommerferien 2019 ein Ferienprogramm rund um das Thema „Gesundheit“ vorbereitet. An einer Zuckersteuer verdiene letztlich nur der Staat, gab die Kreisvorsitzende zu bedenken. Schlank werde davon niemand. Gedacht ist an kleine Angebote in allen Ortsvereinen im Landkreis, die sich beispielsweise ums Wandern oder um Ernährung drehen. Weitere Anregung sind willkommen, Anmeldungen noch möglich.

„Ich freue mich darüber, dass wir wieder ein Himmelreich voller Roter zusammengebracht haben“, sagte Birte Könnecke bei der Begrüßung der Gäste im Hofgut Himmelreich, darunter, als Festredner, der Wissenschaftler und ehemalige Politiker Ernst Ulrich von Weizsäcker (siehe Beitrag oben). Mit dabei waren auch der ehemalige Landtagsabgeordnete Christoph Bayer, eine große Zahl von Kreis- und Gemeinderäten sowie SPD- Ortsvereinsvorsitzenden und Kreisvorstandsmitgliedern.



Es war das fünfte Mal, dass die SPD Breisgau-Hochschwarzwald ihren Neujahrsempfang im Hofgut Himmelreich veranstaltete. „Hier ist es familiär, gemütlich, und wir fühlen uns wohl. Das passt zu uns“, sagte Birte Könnecke und lobte den guten und aufmerksamen Service des Hauses.

Bernd Michaelis



Heliosklinik Breisach: "Zukunftskonzept" widerspricht Verein- barung

Die Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand der SPD hatten bereits Mitte Dezember 2018 in einer Pressemitteilung geschrieben, dass sie die Entwicklung des Klinikstandortes Breisach weiter mit großer Sorge sehen. Insbesondere wurde kritisiert, dass die gegenwärtige Planung die Notfallversorgung der Menschen in der Region aufs Spiel setzt.



Der Kreistagsvorlage zum Zukunftskonzept wurde durch die Fraktion zugestimmt, da unsere drei Hauptanliegen (Erhalt des Klinikstandortes, Erhalt der Arbeitsplätze und Erhalt der Notfallversorgung) gesichert schienen. Insbesondere wurde nur unter der Maßgabe zugestimmt, dass das Leistungsangebot „eine effiziente Notfallversorgung, zumindest wochentags tagsüber seitens der Klinik, unter Gewährleistung dieser Versorgung auch in den übrigen Zeiten, insbesondere nachts und am Wochenende, in Räumlichkeiten der Klinik“ umfasst.

Diese Vereinbarung wird nun offenbar mit Füßen getreten. Wenn die Kassenärztliche Vereinigung eine Notfallpraxis ablehnt, muss die Notfallversorgung weiterhin durch die Klinik gewährleistet werden. Im Artikel wird die Geschäftsführerin Frau Palausch mit den Worten zitiert, dass jemand, der Bauchweh hat oder sich den Fuß verstaucht halt nach Freiburg fahren muss. Hierzu drei Anmerkungen:

1. Der Witz an Notfällen ist, dass sie zeitlich nicht planbar auftreten
2. Bei einem Notfall braucht ein Mensch schnelle Hilfe und keine Odyssee
3. Es handelt sich bei den allermeisten Notfallpatienten um medizinische Laien, die Schmerzen haben. Wird von diesen nun ernsthaft erwartet, dass sie selber einschätzen können, ob die plötzlich auftretenden Bauchschmerzen durch Flatulenz („quersitzender Furz“) oder einen akuten Blinddarm, einen Darmverschluss oder andere lebensbedrohliche Zustände verursacht wird? Ob der schmerzenden Fuß verstaucht oder gebrochen ist? Das ist doch absurd.

Wir waren bereit den mühsam errungenen Kompromiss mitzutragen. Wir sind nicht bereit, die Notfallversorgung der Bevölkerung auf's Spiel zu setzen.

Hier ist die Landkreisverwaltung gefordert, die Einhaltung der Vereinbarung durchzusetzen. Eine Klinik, die ganze Abteilungen schließen muss, weil mal zwei Mitarbeiter

durch Krankheit ausfallen, sollte ihre Aufstellung überdenken und dies nicht an den Patienten auslassen!

Für die Kreis-SPD und die Kreistagsfraktion:
Dr. Birte Könnecke, Dr. Oswald Prucker und Reiner Zimmermann

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, SPD Regionalzentrum
Merzhauser Straße 4, 79100 Freiburg

Redaktion: O. Prucker & B. Könnecke
redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

Schwierige Situation in Obdachlosenunterkunft

Vor kurzem besuchte unsere Kreisvorsitzende Birte Könnecke zusammen mit Mitgliedern des Kreisvorstands und des Ortsvereins die Wohnungsloseneinrichtung in der Elsässer Allee in Breisach. Begrüßt und geführt wurden wir von einem Mitarbeiter des Liegenschaftsamtes Breisach, der als Hausmeister für die Unterkunft zuständig ist.

Vor dem Eintritt in die Einrichtung gab es draußen eine kurze Vorbesprechung, in der

es vor allem darum ging, was für Menschen hier leben, wie lange, unter welchen Bedingungen. Zumeist handelt es sich hierbei um Menschen, die ihre Wohnung verloren haben und durch z. B. Caritas, Stadtverwaltung usw. eingewiesen werden.

Teilweise sind die Einwohner suchtkrank (Drogen, Alkohol) und viele bleiben jahrelang in der Einrichtung, da es oftmals keine Alternativen mehr für sie gibt.

Manche Einwohner sind in Rente, manche arbeiten in Teilzeit, und wiederum andere sind nicht in der Lage, arbeiten zu gehen (aus gesundheitlichen Gründen oder bedingt durch Sucht- Zustände). Aktuell leben 28 Männer und 5 Frauen in der Unterkunft. Bis vor kurzem waren auch noch zwei Kinder dort, die aber mittlerweile vom Jugendamt abgeholt wurden. Insgesamt bietet das Haus Platz für ca. 40 Menschen.

Es leben hier Gestrandete ohne Perspektiven, jemals wieder in die Gesellschaft integriert zu werden. Unserer Meinung nach ist dies auch dadurch bedingt, dass sie zu wenig in ihrer jeweiligen Situation an der Hand genommen werden. Eine intensivere Betreuung könnte eventuell dem ein oder anderen weiterhelfen, wenn denn ein Wille zur Veränderung da ist.

Am Eingang der Einrichtung befindet sich für jeden Bewohner ein eigener Briefkasten. Es ist wichtig, die Namensschilder aktuell zu halten, um die Bewohner nicht in der

Anonymität versinken zu lassen. Zuerst konnten wir die sanitäre Einrichtung der Männer im Erdgeschoss in Augenschein nehmen, die noch in diesem Monat renoviert wird, was auch sehr nötig ist. Es gibt nur eine Dusche für alle männlichen Bewohner.

Links den Flur entlang sind verschiedene Zimmer. Ein Zimmer wird meist mit zwei bis drei Personen besetzt. Die Größe des Zimmers ist etwa 18 qm mit Betten, einer Spüle und Kühlschrank (beides zerschlagen). Wenn ein Gerät oder Möbel beschädigt wird, bemüht sich die Gemeinde um Wiederbeschaffung oder Reparatur. In der Einrichtung wird viel beschädigt, Wände beschmiert, manchmal auch etwas entwendet. Die Scheiben der Brandschutztür wurden nach zweimaligem Einschlagen durch Holzbretter ersetzt, da die Kosten zu enorm sind, jedes Mal neue Scheiben einzusetzen. In einem Zimmer hatte der Bewohner mit bloßen Händen die massive Türzarge aus der Wand gerissen. Manchmal werden die Möbel auch einfach draußen angezündet. Ein Besuch der Feuerwehr wird als erfreuliche Abwechslung im Alltag wahrgenommen.

Für die Möbelbeschaffung, Materialbeschaffung usw. gibt es ein Budget. Oft werden auch alte Möbel gespendet. Dies sollte aber vorher angekündigt und abgesprochen werden. Häufig kommt es vor, dass Menschen völlig unbrauchbare Gegenstände einfach im

Außenbereich abstellen und so ihren Müll entsorgen, um dessen Beseitigung er sich dann auch noch kümmern muss.

Den Gang rechts runter sieht der Flur etwas besser aus, dort ist auch die sanitäre Einrichtung für die weiblichen Bewohner, auch diese ist gepflegter, da die Frauen manchmal selbst sauber machen.

Das Büro des sozialen Betreuers und der Tafelladen befinden sich ebenso im EG.

Im 1. OG befinden sich weitere Wohneinheiten, eine Gemeinschaftsküche, sowie weitere sanitäre Einrichtungen. Auch eine Kleiderkammer ist vorhanden, hier können günstig gebrauchte Kleider, Schuhe, manchmal auch Spielsachen und Küchengeräte eingekauft werden.

Der Tafelladen sowie die Kleiderkammer werden von ehrenamtlichen Mitarbeitern betrieben.

Im Keller befindet sich unter der Treppe eine Ecke, in der öfters mal jemand von außerhalb übernachtet und die die Bewohner auch immer mal wieder für ihre Notdurft benutzen. Auch solche Hinterlassenschaften entfernt der Hausmeister mit stoischer Ruhe.

Wir begegnen dem ein oder anderen Einwohner, diese sind meist zurückhaltend, mit einem Mann kommen wir ins Gespräch, andere suchen den Rat des Hausmeisters, der dann auch als Betreuer fungiert. Bei zwei Bewohnerinnen merkt man deutlich, dass sie in beraushtem Zustand sind, ein

Mann beschwert sich, weil andere Bewohner laut und rücksichtslos in der Nacht sind. Es ist nicht einfach für die Menschen dort und auch nicht für diejenigen, die mit ihnen zusammenarbeiten. Es braucht viel Herblut um alles in Ordnung zu halten und trotz widriger Umstände, allen ein erträgliches Dasein zu bescheren.

Als mögliche Verbesserungen werden drei Maßnahmen diskutiert: Freies W-Lan für die Bewohner, eine gemeinschaftliche Waschküche im Keller sowie einen Fernsehraum.

Diese drei Dinge konnten bisher noch nicht bei der Stadtverwaltung durchgesetzt werden.

Wir erweitern diese Liste noch um individuelle Betreuung. Diese Menschen sind nicht in der Lage, sich um sich selbst zu kümmern. Man darf sie nicht alleine lassen!

Alexandra Schächtele, Birte Könnecke

WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz. Kommt also regelmäßig auf spd-breisgau-hochschwarzwald.de und zu Facebook oder Instagram unter **Rotwild im Schwarz-wald**.



Spiegel vorhalten ist keine Volksverhetzung

Wie wir mit monatelanger Verzögerung bemerkt haben, hat die AfD Breisgau-Hochschwarzwald unseren SPD-Kreisverband im April des letzten Jahres wegen Volksverhetzung angezeigt. Steht auf deren Homepage (verlinken wir nicht, fragen Sie die Suchmaschine ihres Vertrauens). Namentlich ging die Anzeige an die Vorsitzende Birte Könnecke und Stellvertreter Oswald Prucker.

Das Volk™ haben wir mit einem Quiz verhetzt, bei dem das anwesende Volk™ die Quelle von Zitaten erraten sollte: Kommt es von der AfD oder der NSDAP. Das Volk™ fand das Quiz sehr schwer (wir auch). Von spontanen Verhetzungsvorwürfen wurde seitens des Volkes™ jedoch nichts bekannt.

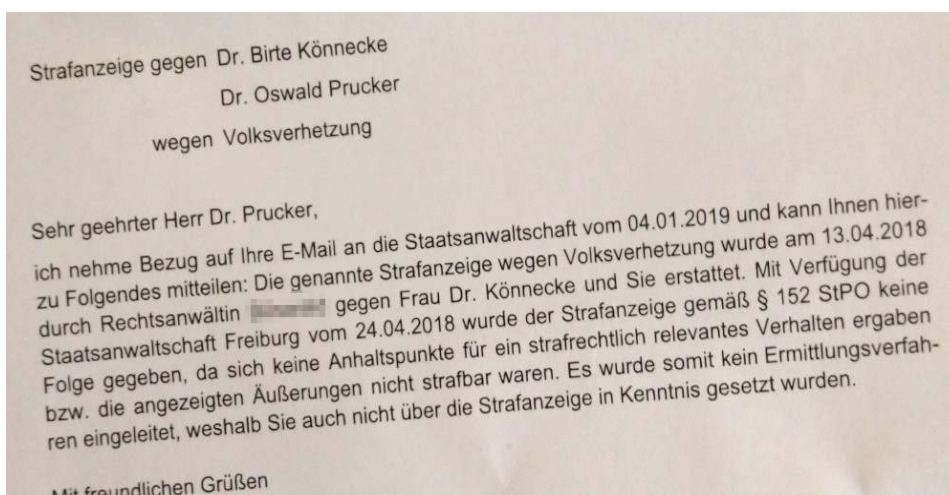
Teste selbst, [das Quiz gibt es nach wie vor auf unserer Webseite](#). Danke, liebe AfD, für den Link – wir hatten es schon vergessen.

Von dieser ganzen Schote haben wir nix erfahren, weil sich für die Staatsanwaltschaft „keine Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten ergaben bzw. die angezeigten Äußerungen nicht strafbar waren.“ Schreibt uns die Staatsanwaltschaft erst jetzt auf Nachfrage, weil sie das in so einem eindeutigen Fall nicht automatisch tut. Kann man verstehen.



Damit haben wir es schwarz auf weiß: Man darf den ganz Rechten eben schon den Spiegel vorhalten, auch wenn es dadurch zu einer derart erheblichen Verwechslungsgefahr zwischen Neurechten und Altnazis, zwischen AfD und NSDAP kommt, dass man schon beinahe das Wort Vergleich verwenden könnte.

Oswald Prucker

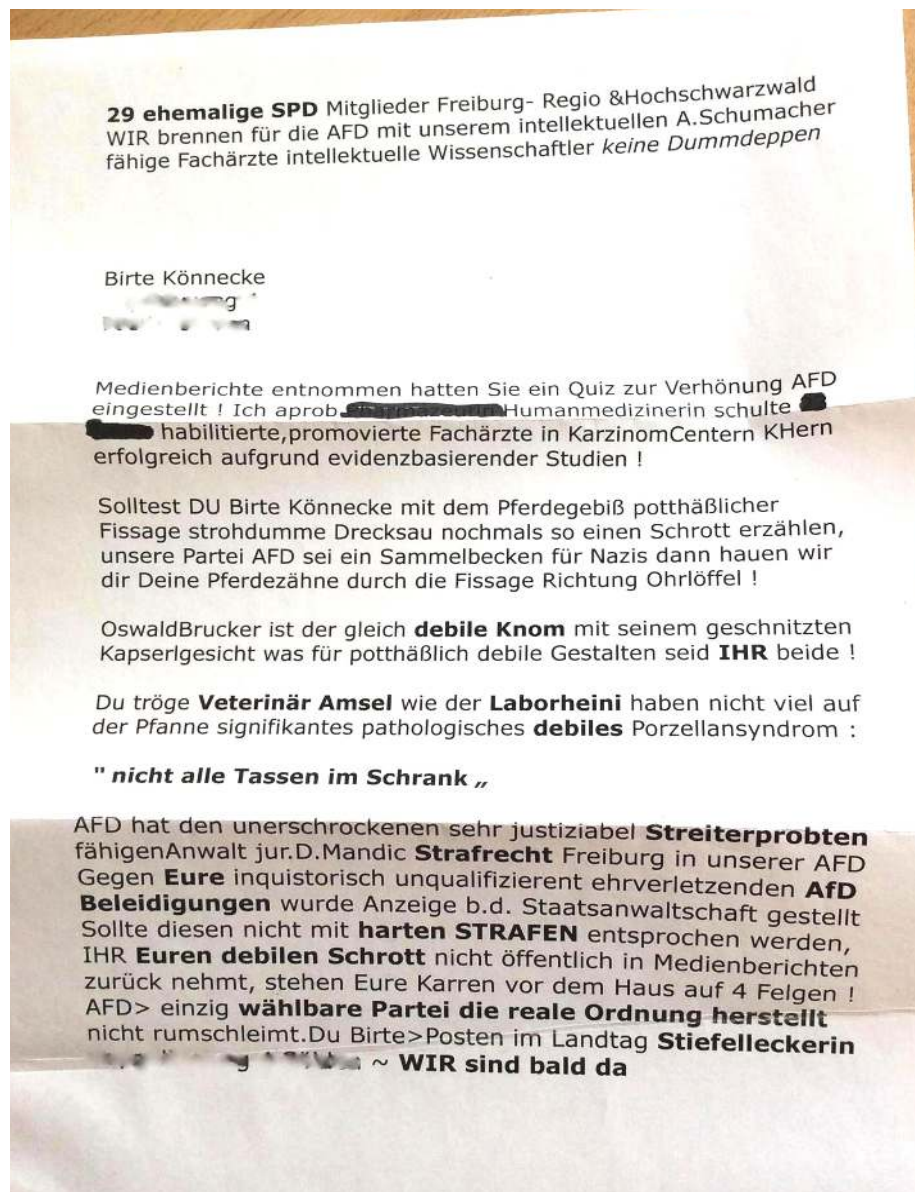


Bestätigung der Staatsanwaltschaft: Zitate sind nicht strafbar.

Die Reaktion

Ein anonymer Drohbrieff einer „aprob. Humanmedizinerin“

(Birtes Adresse haben wir unkenntlich gemacht, die Schwärzungen kommen vom Briefschreiber)



Birte hat den Brief mit diesen Worten auf Facebook veröffentlicht:

Dieser "Brief" kam heute bei mir zuhause an. Wir wehren nicht mehr den Anfängen, wir sind mittendrin.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder man duckt sich, ist ganz leise und hofft, nie selber Ziel zu werden. Oder man steht auf und hält dagegen. Ich habe mich für letzteres entschieden und werde mich

durch anonyme Drohbriefe mit Sicherheit nicht davon abhalten lassen. Ich finde, das ist man denjenigen schuldig, die diese Wahl nicht haben, da sie als Menschen mit anderem Aussehen, anderer Herkunft, anderer Religion, anderer sexueller Orientierung, etc. "geborene Ziele" sind. Ach ja, Strafanzeige ist natürlich raus.

#keineToleranzderIntoleranz
#keinFußbreit #Abschaum

UN- Migrationspakt: „Mit Fakten dagegen halten“

Beiträge zu Versachlichung der Debatte und zur Richtigstellung von gezielten Falschbehauptungen waren der Vortrag und die breite Diskussion zum Thema „UN-Migrationspakt – kommt jetzt die ganze Welt zu uns?“ am Freitag, 4. Januar, im Bürgersaal der Verwaltungsscheune in Kirchzarten. Die Veranstaltung wurde vom SPD- Arbeitskreis Migration und Vielfalt Breisgau organisiert.



Gerne genutzt wurde vom Kreisverband Breisgau- Hochschwarzwald der SPD die Möglichkeit, sich von einem Vertreter der Vereinten Nationen aus erster Hand über ein Thema informieren zu lassen, das von Rechtspopulisten ausgeschlachtet wird, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Eckart Schiewek, SPD- Mitglied seit 2017, zur Zeit auf Heimaturlaub in Baden, ansonsten als UN- Beamter in New York tätig, stand in der Veranstaltung als Privatperson Rede und Antwort. Aus seinen rein sachlichen Darlegungen wurde aber ersichtlich, wie

weit Tatsachen, rechte Propaganda und Polemik auseinanderklaffen.

„Mit Fakten dagegen halten“ sei das Gebot der Stunde, sagte Bernd Engesser vom Vorstand der AG Migration und Vielfalt bei der Begrüßung der rund 50 Zuhörerinnen und Zuhörer. Er bezog sich dabei auf die Tatsache, dass, wie er sagte, „Populisten von rechts mit Fake News und Agitation“ Front gegen den Migrationspakt machen.

Aus dem Kreis der versammelten Zuhörerinnen und Zuhörer wurde Dankbarkeit darüber geäußert, „dass sich die UN dieses Themas angenommen hat“. Der Tenor war: Im UN- Migrationspakt liegen große Chancen, die nicht nur auf staatlicher, sondern auf regionaler und kommunaler Ebene ergriffen werden könnten. Die formulierten Ziele eröffneten Perspektiven der Weiterentwicklung und Zusammenarbeit sowohl in den beteiligten Staaten als auch in den jeweiligen Zivilgesellschaften. Nun müsse man diesen Prozess in Gang bringen und forcieren. Wenn alle beteiligten Staaten an diesen Zielen arbeiten, werden sich die Migrationsbewegungen künftig in Grenzen halten, lautete die unausgesprochene Botschaft.

Der „Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ wurde bei der UNO- Konferenz am 10. Dezember 2018 im marokkanischen Marrakesch von rund 150 Staaten gebilligt. Es handelt sich um einen Orientierung gebenden Kooperationsrahmen, der „23 Ziele und

deren Umsetzung, Weiterverfolgung und Überprüfung“ umfasst. Jeder Punkt enthält ein anzustrebendes Ziel, gefolgt von einer Reihe von Vorschlägen, die „als relevante Politikinstrumente und bewährte Verfahren“ angesehen werden.

Dass mit der Übersetzung vom Englischen ins Deutsche die eine oder andere Unschärfe in den Text gekommen ist, wurde in der Versammlung im Blick auf Verdrehungen, Verkürzungen und Lügen der Populisten ausdrücklich bedauert. Klar herausgekehrt wurde aber, dass diese Vereinbarung zwar eine Willensbekundung, keinesfalls aber eine Festlegung mit rechtsverbindlichem Charakter ist. Was die Staaten daraus machten, obliege ihrer freien Entscheidung und Interessenslage, erläuterte der Referent sinngemäß. Die Zuhörerinnen und Zuhörer begrüßten den UN- Vereinbarung zur Migration - das Wort „Pakt“ wurde als irreführend bezeichnet.

Die USA, Tschechien, Ungarn, Polen und Österreich stimmten gegen diese Vereinbarung. In Deutschland wandte sich vor allem die rechtspopulistische AfD gegen die Annahme des Migrationspaktes. Eine durch die Wohlstandsverheißungen der westlichen Welt angestachelte „Migration in die Sozialsysteme“ wird von ihr unterstellt. Die Behauptung, es sei alles im Geheimen verhandelt worden, sei falsch, wurde dargelegt. Die AfD habe sich der Diskussion im Vorfeld der Entscheidung

einfach selbst entzogen, war in der Versammlung zu hören.

Das Thema UN- Migrationspakt sei noch nicht erledigt, sagte Bernd Engesser. Der Grundsatzbeschluss sei zwar gefasst, doch beginne nun der Prozess der Umsetzung. In diesem Jahr stünden Kommunalwahlen und Europawahlen an. Und da komme es darauf an, den Populisten mit Tatsachen entgegen zu treten.



Vortrag und Diskussion waren darauf angelegt, einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte zu leisten. Am Beispiel des Ziels Nummer 7 „Bewältigung und Minderung prekärer Situationen im Rahmen von Migration“ wurde deutlich, wie viel Interpretationsspielraum mit Manipulationspotenzial in dem UN- Text steckt. Anders als von Thilo Sarrazin behauptet, geht es in diesem Abschnitt gar nicht um einen Flüchtlingsrechtsrahmen. Der Buchautor, der mit seinen Thesen zu Themen wie „Masseneinwanderung“, „Überfremdung“ und „Islamisierung“ hervorgetreten ist, unterstellt nämlich, dass unter Punkt 7 „Fluchtmigration und

reguläre Migration durcheinander geraten“ seien. Unter anderem werde der „Spurwechsel“ von Flüchtlingen und illegalen Einwanderern in reguläre Migration gefordert.

Das gebe der Originaltext gar nicht her. Das stehe gar nicht drin in diesem Abschnitt, wurde in der Versammlung dargelegt. Das sei eine „konsequente Falschbehauptung“. In Wirklichkeit, so war zu hören, geht es unter Punkt 7 darum, auf der Grundlage des Völkerrechts und der Menschenrechte jenen Migranten beizustehen und sie zu beschützen, die sich unterwegs in einer prekären Situation, einer schwierigen Lage befinden.

In der Diskussion ging es auch um die Frage, was der Unterschied zwischen Flüchtlingen, Migranten und Asylanten sei. Flüchtling, so war zu hören, ist eine Person, die aus ihrer Heimat aufgrund äußerlicher Umstände wie wirtschaftlicher und politischer Zwänge, gewalttätiger Auseinandersetzungen, Natur- oder Umweltkatastrophen oder anderer lebensbedrohlicher Notlagen fliehen. Wer beantragt, den Flüchtlingsstatus zuerkannt zu bekommen, gilt als Asylbewerber.

Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 fasst den Flüchtlingsbegriff noch enger: Danach gilt als Flüchtling eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politi-

schen Überzeugung“ ihr Heimatland verlassen hat.

Migranten sind Personen, die ihren Lebensmittelpunkt auf Dauer in ein anderes Land verlegt haben. In Deutschland wird der Begriff Migranten oft auch zur Bezeichnung von Familien verwendet, die dauerhaft eingewandert sind. Migration finde nur sehr selten über die Grenzen von Kontinenten hinweg statt, sagte der Referent. Populisten verbänden damit aber die Vorstellung von einer Bedrohung unserer abendländischen Kultur.

Innerhalb der europäischen Union gibt es auch die so genannte Arbeitsmigration, die durch die Freizügigkeitsregelung erleichtert wird. Arbeitsmigranten schicken dem Vernehmen nach immer auch große Summen in die Heimat, um ihre Familien zu unterstützen. Ein Ziel des Migrationspaktes sei es, den „Wildwuchs“ bei den meist von dubiosen Privatunternehmen vollzogenen illegalen Geldtransfers in sichere und kostengünstige Bahnen zu lenken. Anders, als von den Populisten behauptet, gehe es bei der Arbeitsmigration nicht um Lohn-dumping. Der Migrationspakt ziele auf gleiche Arbeitsverhältnisse für Einheimische und Migranten in allen beteiligten Ländern.

Bernd Michaelis

Weiterführende Info: [Webplattform der UN für Flüchtlinge und Migration](#)

Ohne Geld keine bedarfsgerechte Förderung behinderter Menschen

Der Landkreis muss seinen Behinderteneinrichtungen mehr Geld zur Verfügung stellen, und zwar für den zusätzlichen Verwaltungsaufwand, der infolge der Festlegungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) nicht nur beim Kreis selbst, sondern in hohem Maße auch bei den betroffenen Behinderteninstitutionen anfällt.



Mit dem Bundesteilhabegesetz will der Gesetzgeber weg von der reinen Fürsorge für behinderte Menschen hin zu einem modernen Teilhaberecht, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Diese Bedürfnisse will man nach einem bundeseinheitlichen Verfahren ermitteln und in konkrete Angebote für die Menschen umsetzen.

Bedarfsermittlung und Angebotsentwicklung binden Arbeitskraft und kosten Geld - sowohl bei den Kreisverwaltungen wie auch bei den Behinderteneinricht-

ungen. Wenn nun aber die Einrichtungen selbst für diesen immensen Mehraufwand aufkommen müssen, dann geht das voll zu Lasten der Qualität von Pflege und Betreuung.

Die SPD Breisgau- Hochschwarzwald fordert deshalb vom Landratsamt mehr Rückendeckung für die Behinderteneinrichtungen im eigenen Landkreis. Wie sollen diese Institutionen zu bedarfsgerechten Leistungen kommen, wenn für die Umsetzung keine Mittel zur Verfügung stehen? So wird man den Menschen nicht gerecht. Die Leistungen für Menschen mit Behinderung sind keine Almosen, sondern eine Selbstverständlichkeit in einer solidarischen Gesellschaft.

Takis Mehmet Ali

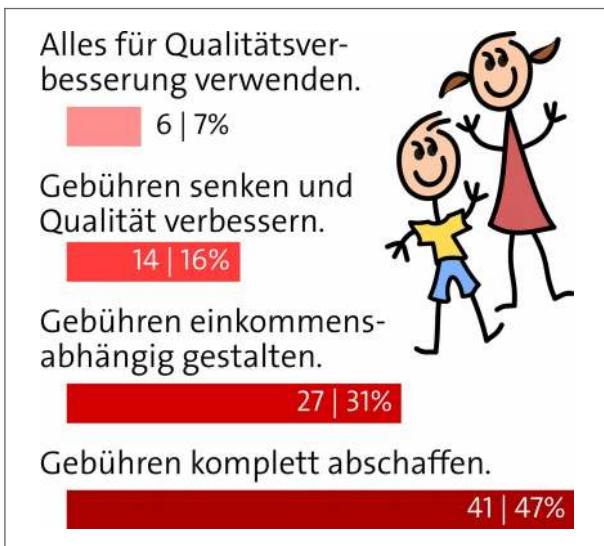
Gute- Kita- Gesetz: Mehrheit will Gebühren abschaffen

Das Gute-Kita-Gesetz ist beschlossen, die Länder bekommen 5,5 Mrd. Euro um die Qualität der Kinderbetreuung zu verbessern und/oder die Elternbeiträge zu senken.

Die Regierung in Stuttgart will alles für Qualitätsverbesserung verwenden und Gebühren so lassen wie sie sind. Die SPD-Fraktion will die Gebühren abschaffen und meint, dass für Qualitätsmaßnahmen auch so genug Geld da ist.



Wir haben nach Eurer Meinung gefragt, 88 Stimmen wurden abgegeben und das Ergebnis ist recht eindeutig: Nur 7% sind der Meinung der Landesregierung und auch nur weitere 16% wollen eine Mischkalkulation aus Gebührensenkung und Mittel für Qualitätsverbesserung.



Die absolute Mehrheit will die Abschaffung der Gebühren. Dafür stimmten 41 Personen oder 47% Prozent. Weitere 31% sind für eine einkommensabhängige Vorgehensweise.

Auch wenn diese Befragung sicher nicht einmal annähernd repräsentativ ist, ergibt sich daraus unter unseren Lesern eine starke Unterstützung für das von der

Landes- SPD geplante Volksbegehren zu gebührenfreien Kitas.

Oswald Prucker

Mitgliederstatistik

Im Januar ist unser Mitgliederbestand von 904 auf 901 gesunken. Wir durften ein Neumitglied begrüßen, vier Mitglieder haben die SPD verlassen.

Termine, Termine

Stammtische



Kaiserstuhl – Tuniberg – March

Montag 11. Februar,

Dienstag 12. März,

Montag 8. April, Dienstag 14. Mai, Dienstag 11. Juni, Montag 8. Juli. Immer um 19 Uhr und immer im Elsässer Hof, Breisach.

Hochschwarzwald

Immer Mittwoch am 31. Januar, 27. Februar, 27. März, 24. April, 22. Mai, 26. Juni und jeweils um 19.30 Uhr und immer im Hotel Jägerhaus, Postplatz 1-2, Titisee-Neustadt

100 Jahre Frauenwahlrecht

Festveranstaltung der **ASF Bad Krozingen – Hartheim**. Mit Festvortrag von Gabi Rolland: **Macht Fair Teilen**

8. März 2019, 19:30,

Ort wird noch

bekannt gegeben.

